



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Eigenheimbesitzer und Vermieter brauchen Rechtssicherheit in Sachen Heizungsneubau und Heizungsumbau

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Rechtsunsicherheit beim Neubau oder Umbau von Heizungen umgehend beendet wird.

Begründung:

Durch ihr sogenanntes Klimapaket hat die Bundesregierung unter anderem im Bereich Gebäudeheizungen für große Rechtsunsicherheit bei vielen Bürgerinnen und Bürgern gesorgt. Durch schwammige und nebulöse Formulierungen ist nicht mehr klar, welche Art von Heizungen in wenigen Jahren noch erlaubt sein werden. Für eine neue Heizungsanlage müssen mehrere Tausend Euro investiert werden. Eine Investition, die für die nächsten 20 Jahre Bestand haben sollte, kann durch neue Verbote zu finanziellen Einbußen führen.

Dabei muss man sich immer vor Augen halten, dass laut Bundesumweltamt Haushalte und Kleinverbraucher deutschlandweit für nur 17,1 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich sind. In Sachen Klimaschutz bringen also Verbote überhaupt nichts. Bei den aus Sachen Umweltschutz oft favorisierten Pelletheizungen ist die Klimaschutzbilanz bei weitem nicht so positiv, wie oft behauptet. Sie sollen aber trotzdem massiv gefördert werden. Dabei wird auch überhaupt nicht berücksichtigt, dass der Waldbestand in Deutschland für diese Heizart überhaupt nicht ausreicht.

Völlig unverständlich ist auch das geplante Verbot von Ölheizungen aus ideologischen Gründen. Die modernen Anlagen haben heute die Rußzahl 0. Außerdem ist auch der CO₂-Ausstoß nicht wesentlich höher als der von Gasheizungen.